

An die  
Bundesministerin für Bildung und Forschung  
Bettina Stark-Watzinger

**Gesellschaft für  
Medienwissenschaft e.V.**

c/o Prof. Dr. Jiré Emine Gözen  
University of Europe for Applied  
Sciences  
Museumstr. 39  
22765 Hamburg

Hamburg, den 28.07.2022

[www.gfmedienwissenschaft.de](http://www.gfmedienwissenschaft.de)  
[info@gfmedienwissenschaft.de](mailto:info@gfmedienwissenschaft.de)

Sehr geehrte Frau Ministerin Stark-Watzinger,

der Vorstand der Gesellschaft für Medienwissenschaft wendet sich heute in Reaktion auf die aktuellen Ankündigungen massiver Kürzungen von Forschungsförderung durch das BMBF mit diesem Schreiben an Sie. Grundlage hierfür sind zahlreiche Nachfragen betroffener Mitglieder der Gesellschaft für Medienwissenschaft sowie der Austausch mit anderen Fachgesellschaften aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, die besonders unverhältnismäßig von den Kürzungen betroffen sind.

Wir sind angesichts der auf breiter Ebene angekündigten Streichungen von Stipendien, Förderprogrammen und Forschungsgeldern empört und entsetzt über das Vorgehen des BMBF, das zugleich bestehende Vereinbarungen unterläuft. Das betrifft unter anderem die Rücknahme von bereits getätigten Zusagen, die Aussetzung von Anschlussförderungen oder Verzögerungen von laufenden Finanzierungen. All dies ist zudem auf äußerst unklare Art und Weise kommuniziert worden. Auch kostenneutrale Verlängerungen von bereits geförderten Projekten, die unter erschwerten Bedingungen während der Corona-Pandemie durchgeführt wurden, werden laut Berichten unserer Mitglieder vom BMBF aktuell verweigert. Forscher:innen im Ausland, deren Einrichtung über das BMBF finanziert sind, berichten weiterhin, dass sie bereits ab kommendem Monat mit Kürzungen von Gehältern konfrontiert sind. Nicht zuletzt werden fest vereinbarte Zahlungen ausgesetzt, wie jene zum Ausgleich der Kaufkraft.

Im Kontext von Projektanträgen führt das Vorgehen des BMBF dazu, dass Wissenschaftler:innen in unvergütete Vorleistung gehen müssen. Angesichts der nun revidierten Zusagen und Verzögerungen führt das zu einer massiven Zuspitzung der ohnehin prekären, weil zumeist befristeten Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler:innen in Deutschland. Dies schädigt das Vertrauen in das deutsche Wissenschaftssystem massiv und schwächt zudem internationale Kooperationen. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund dieser Erfahrungen hochqualifizierte Wissenschaftler:innen ins Ausland abwandern.

In besonderer Weise sorgt die Auswahl der Förderlinien, die von Einschränkungen betroffen sind, bei uns für deutliche Irritation; namentlich „Innovative Frauen im Fokus“, „Kulturelle Vielfalt und kulturelles Erbe“ und „BioTip/GlobalTip“; außerdem Verzögerungen in der Bewilligung von Projekten in den Förderrichtlinien „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“ und „Gesellschaftliche

Auswirkungen der Corona-Krise“. Sehr konkrete Fälle, die uns in den letzten Tagen mitgeteilt wurden, möchten wir Ihnen exemplarisch vorstellen:

- Die Universität der Künste berichtet, dass Programme, die eigens für Studierende mit Flucht- und Migrationsgeschichte eingerichtet wurden und auf eine Finanzierung durch den DAAD angewiesen sind, nun vor dem Aus stehen, sollten die mitgeteilten Kürzungen nicht zurückgenommen werden.
- Das durch den BMBF, DAAD und Integra geförderte Studienprogramm für geflüchtete Studierende „Akademie für transkulturellen Austausch“ der HGB Leipzig berichtet ebenfalls, dass das Programm durch die Kürzungen massiv gefährdet ist.
- Die Hochschule für Künste Bremen berichtet, dass das internationale Masterstudienprogramm „Digital Media. Program for Technology, Theory and Design“ ebenfalls massiv von den Kürzungen betroffen ist, da die Mehrheit der nicht-deutschen Studierenden, die zirka 80% der Studierendenschaft im Programm bilden, über DAAD-Stipendien finanziert werden. Sowohl zukünftige als auch derzeitige Studierende sind damit konfrontiert, dass Verlängerungen der für einen Studienabschluss notwendigen DAAD-Stipendien abgelehnt werden.

Wir bitten deshalb um Offenlegung der Gründe, warum gerade Projekte wie die oben genannten, die von höchster gesellschaftlicher Relevanz sind, von den aktuellen Maßnahmen besonders betroffen sind. In diesem Zusammenhang möchten wir feststellen, dass die Kürzungen und Streichungen insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften schädigen. Das wirft die Frage auf, wie diese Maßnahmen mit den Programmlinien des BMBF, beispielsweise der Förderung der sogenannten „Kleinen Fächer“, in Einklang zu bringen sind. Die Kürzungen und Streichungen vermitteln den Eindruck, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften bei den in Zukunft notwendig stärker zu fokussierenden Themenfeldern zunehmend an Relevanz verlieren. Demgegenüber zeigt sich heute jedoch akuter denn je, dass keine der aktuellen Herausforderungen, beispielsweise die Klimakrise, die Digitalisierung und die notwendigen Veränderungen im Bildungssystem, ohne die Arbeit der Geistes- und Sozialwissenschaften zu bewältigen sind.

Am Ende untergraben die geplanten Kürzungen so auch die Internationalisierung von Forschung und Lehre und schädigen damit nachhaltig dem globalen Ansehen Deutschlands als Wissenschaftsstandort. Damit werden sowohl die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems als auch die Fähigkeit desselben gefährdet, sich den dringenden Herausforderungen unserer Gegenwart und Zukunft stellen zu können.

Wir fordern Sie daher zur Rücknahme der mit dem Koalitionsvertrag nicht zu vereinbarenden Kürzungen, zu einer transparenten und klaren Kommunikation und nicht zuletzt zu einer Politik der Stärkung, nicht der Schwächung von Wissenschaft in Deutschland auf.

Mit freundlichen Grüßen

der Vorstand der Gesellschaft für Medienwissenschaft